

An die

Bürgerinnen und Bürger
in Sachsenhausen

**Betr.: Bericht der SPD-Stadtverordneten über ihre Tätigkeit in der Legislaturperiode
2001 bis 2006**

Frankfurt, den 25. Januar 2006

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ein glückliches und erfolgreiches Neues Jahr wünsche ich Ihnen mit Gesundheit, Freude und viel Schwung für die vor uns liegenden Aufgaben!

Dank Ihrer Unterstützung bin ich im Jahr 2001 in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gewählt worden und möchte Ihnen nun zum Ende der Legislaturperiode berichten, was ich dort erreicht habe:

Die SPD-Fraktion hat sich innerhalb des **Römer-Bündnisses** oft unterschiedliche Bündnispartner suchen müssen, um ihre Interessen durchzusetzen – so dass wir eine Art Korrektiv darstellten gegen die hoch fliegenden Privatisierungspläne der Konservativen. Am deutlichsten wurde dies, wenn es uns gelungen ist, mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürger solche Maßlosigkeiten zu verhindern wie bspw. den Verkauf der Frankfurter U-Bahn an einen amerikanischen Investor, die Überdachung der Zeil, das Unterwasser-Parkhaus, die Schließung von 15 Stadtteilbibliotheken, den Abriss der Kleinmarkthalle oder den Verkauf des Historischen Museums an einen Hotelier. Derlei Scheußlichkeiten abzuwehren kostete Kraft und hat uns keinen Schritt voran gebracht, so dass ich in Zukunft einer Koalition im Römer nur dann zustimmen werde, wenn es ausreichend Gemeinsamkeiten zwischen den Partnern gibt. Für politische Experimente und Abenteuer ist in dieser Stadt kein Platz.

In der Bildungspolitik kam es mir darauf an, die Ergebnisse der Pisa-Studie ernst zu nehmen und einen Schwerpunkt in der frühkindlichen Bildung und Betreuung zu setzen. So haben wir insgesamt 700 neue Plätze in **Krabbelstuben** für 0- bis 3jährige eingerichtet, davon 67 allein in Sachsenhausen, wo wir mit der Caritas, der Arbeiterwohlfahrt u.a. zuverlässige Träger gefunden haben. Von 2006 an sollen pro Jahr nochmals 300 neue Plätze dazu kommen. Auch habe ich einen Beschluss herbeigeführt, wonach Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten von der Wiederbesetzungssperre ausgenommen werden. Nur so konnten wir sicherstellen, dass trotz vieler Pensionierungen und einer angespannten Haushaltslage die Kitas weiterhin arbeitsfähig bleiben.

Die von der SPD angestoßene Diskussion über die Abschaffung der **Kindergarten-Gebühren** hat mittlerweile alle Fraktionen erreicht, so dass wir noch vor der Kommunalwahl beschließen konnten, das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung allen Eltern kostenlos anzubieten,

sofern das Land sich beteiligt, wie dies in Rheinland-Pfalz bereits geschieht. Denn für uns ist es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass gerade Eltern mit wenig Geld oder allein Erziehende keine finanziellen Hürden überwinden müssen, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Als nächstes wollen wir den **Personalschlüssel** in den Kindertagesstätten erhöhen und ein Förderprogramm auflegen, um die Qualität der Betreuung zu verbessern und die Kitas zu Einrichtungen der frühkindlichen Bildung auszubauen.

Von dem Vier-Milliarden-Bundesprogramm zur Einrichtung von **Ganztagschulen** konnten in Frankfurt – trotz erheblicher Störfeuer des Landes – wenigstens 10 Schulen profitieren, darunter die Willemerschule (angemeldet) und die Schillerschule in Sachsenhausen. Weiterhin habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Baumaßnahmen der Schillerschule und der Freiherr-vom-Stein-Schule nicht der Haushaltskonsolidierung zum Opfer gefallen sind und nun endlich – wenn auch teilweise mit privaten Mitteln – verwirklicht werden können.

Gekämpft haben wir außerdem für die Umwandlung von drei Kooperativen Gesamtschulen in **Integrierte Gesamtschulen** (IGS), die nach dem neuen Schulgesetz andernfalls hätten als Gesamtschulen aufgelöst werden müssen, da sie die vorgegebene Schülerzahl in einigen Schulzweigen nicht erreichen. Genehmigt wurde inzwischen die Umwandlung der Carl-von-Weinberg-Schule in Schwanheim. Für die anderen beiden kämpfen wir weiter, auch gegen den Widerstand der CDU, die nicht zur Kenntnis nehmen will, dass jedes Jahr mehr als 200 IGS-Plätze in Frankfurt fehlen, und dass sich sowohl Eltern als auch Schulen und Stadtschulamt einstimmig für eine Umwandlung ausgesprochen haben. Integration, gemeinsames Lernen und Durchstiegschancen nach oben sind die Lektionen, die wir aus Pisa lernen müssen, wenn wir unsere Kinder fit für die Zukunft machen wollen.

Aus diesem Grund habe ich mich auch für mehr **Schulsozialarbeit** an den beruflichen Schulen eingesetzt. Denn wenn wir benachteiligte Schülerinnen und Schüler integrieren und besser fördern wollen, brauchen wir professionelle Hilfe. Leider ist es mir nicht gelungen, die Schuldezernentin Ebeling davon zu überzeugen. Sie hat eine Aufstockung der Mittel um gerade mal 32.000,- Euro für alle 16 Schulen als Erfolg verkauft und das Thema dann ad acta gelegt. Hier bleibt noch viel zu tun, denn die Berufsschulen brauchen keine schönen Worte, sondern tatkräftige Unterstützung.

Doch auch die außerschulische Erziehung der Kinder und die Hilfe für Familien mit Erziehungsproblemen waren ein wichtiges Thema. So ist es mir gelungen, die Schließung der **Erziehungsberatungsstelle Sachsenhausen** abzuwenden, die aufgrund der Operation düstere Zukunft der hessischen Landesregierung in finanzielle Schwierigkeiten kam. Hier haben die Sachsenhäuser Stadtverordneten aller Fraktionen mitgeholfen, meinen Antrag durchzubringen, der eine zusätzliche finanzielle Absicherung seitens der Stadt für weitere Jahre ermöglicht.

In diesen Bereich gehört auch mein Einsatz für den Erhalt der **Stadtteilbibliotheken**. Mit vielen Anträgen und Gesprächen haben Klaus Oesterling und ich versucht, die anderen drei Parteien im Bündnis von ihrem Vorhaben abzubringen, zwischen sechs und 15 Stadtteilbibliotheken zu schließen – leider nur mit einem Teilerfolg. Auch der Versuch, durch Verlagerung der Zeilbibliothek Mietkosten zu sparen und das gesparte Geld für den Kauf von Büchern zu verwenden, ist gescheitert. Die bisherigen Einsparungen in Höhe von rd. 132.000,- Euro (durch die Schließung von Oberrad und Bockenheim) wiegen m. E. den politischen Schaden, der durch diesen schwarz-gelb-grünen Aktionismus entstanden ist, bei weitem nicht auf.

In der Kulturpolitik ist es uns gelungen, nach den harten Einschnitten bei den Städtischen Bühnen, die uns der hessische Innenminister auferlegt hat, wieder zu einer angemesseneren Förderung der kulturellen Leistungen zurück zu finden. Die Einführung der **Nacht der Museen** und der Museumsufer-Card waren ein großer Erfolg und haben zusätzlich mehr als 500.000,- Euro pro

Jahr in die Kassen der Museen gespült. Zusammen mit dem neu geschaffenen Mobilisierungsfond von rd. 1,5 Mio. Euro pro Jahr wurde die finanzielle Basis gelegt für die viel beachteten Ausstellungen der letzten Jahre. Einige davon (z.B. Stanley Kubrick) gehen unter dem Motto „Made in Frankfurt“ inzwischen auf Welttournee.

Auch die Projektförderung für die freien Künstler in den Sparten **Musik, Literatur, Theater und Kunst** konnte für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 deutlich erhöht werden, was der Vielfalt der freien Szene zu gute kommt. Frankfurt gilt inzwischen als wiedererwachende, kreative Kunstmetropole. Dazu hat nicht zuletzt auch der Portikus beigetragen, dessen neues Domizil auf der Maininsel eine Bereicherung für Sachsenhausen sein wird. Der Brückenturm im Osten der Insel darf allerdings nur dann gebaut werden, wenn zuvor eine zufriedenstellende Lösung für den Frankfurter Ruderverein gefunden worden ist.

Mein Engagement galt auch der **Film- und Medienbranche**, einer vielfach unterschätzten Sparte, die als Wirtschaftsfaktor für Frankfurt eine bedeutende Rolle spielt und deren kulturelle Seite mit dem Filmmuseum, dem Deutschen Filminstitut, dem Filmhaus Frankfurt, dem Institut für Neue Medien und anderen Einrichtungen starke Vertreter hat. Filmpreise, Kongresse und Filmfestivals unterschiedlicher Nationen sorgen dafür, dass Frankfurt als Film- und Medienstandort wieder wahrgenommen wird. Auch die Stadt muss ihren Teil dazu beitragen durch Filmförderung, Wirtschaftsförderung und Unterstützung beim Aufbau eines gemeinsamen Medienzentrums.

Auch habe ich mich dafür eingesetzt, dass das Frankfurter **Atelierprogramm** überarbeitet und ausgeweitet wird. Die derzeit 44 von der Stadt bezuschussten Künstlerateliers sollen aufgestockt und teilweise nach Sachsenhausen verlagert werden. In dem zu sanierenden Frankensteiner Hof in der Großen Rittergasse sind dafür 400 m² reserviert. Darüber hinaus sollen dort Wohnungen, kleine Geschäfte und die Künstlergruppe Klosterpresse angesiedelt werden. Bleiben werden dort weiterhin das Bürgeramt und die Sozialrathäuser Sachsenhausen und Goldstein, so dass der Frankensteiner Hof künftig auch zu einer Belebung des angrenzenden Äppelwoi-Viertels beiträgt.

Damit **Alt-Sachsenhausen** außer durch Kneipen auch mit kulturellen Veranstaltungen glänzen kann, habe ich in den letzten Jahren immer wieder im Hintergrund Gespräche geführt, um vor allem die Barrieren zwischen Stadtverwaltung und Künstlern abzubauen und zu konstruktiven Lösungen zu kommen. So ist es mir u.a. gelungen, die Gespräche zur finanziellen Absicherung der Ausstellungshalle in der Schulstraße 1A wieder in Gang zu bringen und damit deren Existenz in Sachsenhausen zu sichern.

Auf meine Initiative hin wurde außerdem die **Verlängerung des Förderprogramms** zur Sanierung von Alt-Sachsenhausen um weitere fünf Jahre in das Wahlprogramm der SPD aufgenommen, denn trotz aller Erfolge bleibt noch viel zu tun: Die Herrichtung der Häuser und die geplante Ausbesserung des Straßenpflasters sind ein erster wichtiger Schritt. Doch jetzt aufzuhören wäre halbherzig: Der Paradiesplatz soll umgestaltet und noch etliche weitere Häuser müssen saniert werden. Um eine Umwidmung der Gastronomie in andere Nutzung wie z.B. Geschäfte, Wohnen oder Kultureinrichtungen zu erleichtern muss es in Einzelfällen auch möglich sein, Umbau- und Schallschutzmaßnahmen aus dem Förderprogramm zu finanzieren.

Als personalpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion habe ich mich vor allem für mehr Ausbildungsplätze in der **Stadtverwaltung**, den Abbau von Hindernissen bei der Einstellung von Migrantinnen und Migranten sowie für den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen eingesetzt. Denn egal ob es sich um die Bäderbetriebe, die Städtischen Bühnen, das Hochbauamt, die Küchenbetriebe oder das Krankenhaus Höchst handelt: Der Bürokratieabbau und die Reorganisation der Verwaltung können nicht gegen den Willen der Beschäftigten durchgeführt werden, nur mit ihnen. Leider sieht Personaldezernent Hemzal das anders und will die Verhandlungen mit dem Gesamtpersonalrat nicht fortführen. In der jetzigen Situation sind aber vor allem die jungen

Leute von Kündigung bedroht. Wenn die CDU weiterhin den Personaldezernent stellt, werden wir also auch in Zukunft bei jeder Reorganisation diese Auseinandersetzung führen und um jeden Arbeitsplatz kämpfen müssen.

Und zum Schluss noch ein Wort zum **Gesamtverkehrsplan** (GVP): Mittlerweile gibt es im Ortsbeirat 5 eine breite Mehrheit für ein Verkehrsprojekt, das auch von der CDU Sachsenhausen getragen wird: Es geht um meine alte Forderung, die U-Bahn vom Südbahnhof über die Sachsenhäuser Warte nach Neu Isenburg zu verlängern, um den Pendlerverkehr auf die Schiene zu verlagern. Ich habe erreicht, dass die SPD-Fraktion im Römer dies in die Verhandlungen eingebracht hat. Leider hat die CDU im Römer zusammen mit der FDP und den Grünen das Vorhaben gekippt. Stattdessen wollen sie die Straßenbahn vom Hauptbahnhof über die Stresemannallee nach Neu Isenburg bauen und die Linie 14 am Südbahnhof enden lassen. Der Sachsenhäuser Westen wäre damit ohne Verkehrsanbindung und der Abenteuerspielplatz Wildgarten müsste verlegt werden. Ich kann nicht verstehen, warum CDU und Grüne so mit ihren eigenen Mandatsträgern im Ortsbeirat und mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort umgehen.

Durchgesetzt haben wir dagegen den Erhalt der Straßenbahnlinie 15 nach Oberrad und eine Straßenbahn von der Konstablerwache über die Alte Brücke zum Lokalbahnhof, um die Anbindung von Alt-Sachsenhausen zu verbessern. Der Antrag von Stadtrat Zimmermann (FDP), noch in diesem Jahr 62 Mio. Euro für den Bau der **EZB-Brücke** über den Main in den Haushalt einzustellen, konnte im Magistrat mit den Stimmen der SPD verhindert und auf die Haushaltsverhandlungen 2007 verschoben werden. Dieses Geld sollten wir lieber in die Sanierung der Schulgebäude investieren, als eine weitere Mainbrücke zu bauen, die im Frankfurter Süden niemand braucht und niemand will.

Auch wenn ich an dieser Stelle nicht alles aufzählen kann, was in den letzten Jahren wichtig war, so hoffe ich doch, dass Sie einen Eindruck von meiner Arbeit bekommen haben und diese Ihre Zustimmung findet. Eine ausführliche Dokumentation meiner Aktivitäten, Anträge und Pressearbeit finden Sie auf meiner Internet-Seite unter **www.sylvia-weber.net**.

Natürlich möchte ich diese Arbeit in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen und wenn sie Ihre Zustimmung gefunden hat, so bitte ich um Ihre Stimme für den **Listenplatz 20** bei der Kommunalwahl am 26. März 2006.

Für Ihre Unterstützung in den letzten fünf Jahren und für die vielen E-Mails, Briefe und Anregungen bedanke ich mich nochmals und verbleibe bis auf weiteres

Ihre



(Sylvia Weber)

P.S. Bitte unterstützen Sie bei der Kommunalwahl auch unsere anderen Kandidatinnen und Kandidaten aus Sachsenhausen. Sie finden sie unter **www.spd-sachsenhausen.de/wahl**.